

Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V.

Wahlprüfstein 1: Die Milcherzeuger stehen wieder vor einer Marktkrise. Wie steht Ihre Partei zur Möglichkeit, auf EU-Ebene das Marktkriseninstrument "Freiwilliger Lieferverzicht gegen Entschädigung" gem. Art. 219-222 GMO zu aktivieren, um den Markt wieder mehr ins Gleichgewicht zu bringen?

Wahlprüfstein 2: Das Bundeskartellamt hat wiederholt festgestellt, dass die Marktstellung der Milcherzeuger sehr schwach ist. Wie steht Ihre Partei zu Überlegungen, die Landwirtschaft als eigene Branche i.S.d. Art. 157 GMO anzuerkennen und ihr die Übernahme von effizienter Marktverantwortung zu ermöglichen?

Wahlprüfstein 3: Wie steht Ihre Partei zur Möglichkeit, verpflichtend in allen Milchlieferverträgen feste Mengen, Preise und Vertragslaufzeiten vorzuschreiben (Art. 148 GMO) und den Geltungsbereich des Art. 148 GMO auch auf Genossenschaften auszudehnen?

Fragen 1 bis 3 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet

Wir lehnen alle drei Vorschläge ab. Diese Arten der Marktregulierung ändern nichts am Milchpreis. Genossenschaften vereinbaren mit ihren Milchbauern (also den Eigentümern) die Lieferung und die Modalitäten. Eingriffe dort wären aus unserer Sicht absolut kontraproduktiv. Abgesehen davon handelt es sich um reine Bundesthemen.

Wahlprüfstein 4: Die Ergebnisse der Zukunftskommission Landwirtschaft und der Borchert-Kommission zum Umbau der Tierhaltung liegen seit geraumer Zeit auf dem Tisch. Wie möchte Ihre Partei mit diesen Ergebnissen umgehen bzw. wie soll der Umbau der Nutztierhaltung finanziert werden?

Die Umsetzung der Tierhaltungskennzeichnung ist ein erster Erfolg, der den Ergebnissen der Borchert-Kommission Rechnung trägt. Dieses Gesetz wird nicht über Nacht die Situation tausender Betriebe verbessern, es ist aber ein wichtiger Schritt, dem Verbraucher Wahrhaftigkeit abzuverlangen, der gerne höchste Haltungsstandards fordert, sich mit dem Verweis auf "mangelnde Transparenz" im Supermarkt doch für das preisgünstigste Stück Fleisch entscheidet. Als weiterer Teil des Tierwohlpakets wird noch die Finanzierung zukünftiger Tierhaltung zu klären sein. Sie muss für die Landwirte vor allem verlässlich sein. Landwirte kalkulieren Investitionen in ihren Betrieben wie Stallumbauten mindestens über die Abschreibungsdauer von je nach Stall bis zu 25 Jahren, in der Regel aber weit darüber hinaus. Sie müssen in Generationen denken. Niemand kennt zukünftige politische Mehrheiten und deren Prioritäten. Die Politik der letzten Jahre, nationale Standards im Vergleich zum EU-Binnenmarkt immer weiter anzuheben, hat Landwirte erst in die jetzige Misere gebracht. Warum sollen sie sich zukünftig mehr auf Politik verlassen können? Eine langfristige wirtschaftliche Perspektive kann nur auf marktwirtschaftlicher Basis sichergestellt werden. Die Weiterentwicklung der Tierhaltung in Deutschland muss deshalb durch Nachfrage seitens der Konsumenten gedeckt sein und sich langsam entwickeln. Wir als FDP setzen uns deshalb für eine marktbasierende Lösung im Rahmen eines Fonds ein. Aus diesem Fonds können dann die Landwirte die etwa für den Stallumbau notwendigen Mittel erhalten.

Wahlprüfstein 5: Welche Akzente möchte Ihre Partei bei der Fortentwicklung der Agrarumwelt- und Landschaftspflege-Maßnahmen in Hessen setzen?

Aus unserer Sicht ist ein finanziell gut ausgestattetes HALM-Programm notwendig. Es muss allerdings so ausgestaltet sein, dass die Maßnahmen attraktiv sind und für einen möglichst großen Empfängerkreis zur Verfügung stehen.

Mit dem HALM3-Programm findet eine Systemverschiebung statt. Die Systematik unterscheidet sich deutlich vom ersten HALM-Programm. Das HALM3 ist so angelegt, dass es sogenannte "Top-Ups" zu den Ökoregelungen der GAP bietet. Man muss also die entsprechende Ökoregelung wählen und kann dann zusätzliche Bedingungen im HALM erfüllen und bekommt dafür Geld. Mit fünfjährigen Umstellungsprämien und weiteren Maßnahmen mehr kommt es aus unserer Sicht zu einer einseitigen Förderung der Öko-Landwirtschaft, die wir kritisch sehen. Ökologische Landwirtschaft kann und soll sich entlang

der Nachfrage entwickeln, immer höhere Förderungen, die einseitig auf ökologische Landwirtschaft setzen, können allerdings auch Entwicklungen anreizen, für die sich am Markt keine Nachfrage mehr findet.

Wahlprüfstein 6: Die, ab 2025 vorgeschriebene, bodennahe Ausbringung von Wirtschaftsdünger auf Grünland ist fachlich und ökonomisch umstritten. Wird sich Ihre Partei für weitere Ausnahmen und eine Wiedereinführung der Derogation einsetzen? Auf welcher wissenschaftlichen Basis werden Sie die roten Gebiete festlegen?

Ohne effiziente Düngung und Pflanzenschutz geht es nicht. Wir wollen die Düngeverordnung verursacherorientiert umsetzen: Der Grundsatz einer bedarfs- und standortgerechten Nährstoffversorgung der landwirtschaftlichen Kulturen muss auch in Zukunft der Maßstab der Düngung bleiben. Deshalb werden wir die Ausweisung der Roten Gebiete im Rahmen der Düngeverordnung mit dem Ziel überprüfen, eine verursacherorientierte Bewertung zu erreichen. Wir werden die Landwirtschaft dabei unterstützen, die Nährstoffe so effizient wie möglich einzusetzen, ungewollte Verluste zu vermeiden und die Umwelt zu schonen. Große Chancen sehen wir im Einsatz von Sensoren, Drohnen- oder Satellitendaten: Die Verknüpfung von Ertragskarten, Wetterprognosen und Bodenanalysen können die Effizienz im Pflanzenbau erheblich steigern.

Wahlprüfstein 7: Wie möchte Ihre Partei den Schutz der Weidetiere vor Wolfsrissen sicherstellen?

Das unkontrollierte Wachstum der Wolfspopulation in Hessen ist nicht mit der Weidetierhaltung vereinbar. Mit Blick auf die Wildtiere und ihre natürlichen Wanderwege ist es nicht wünschenswert, immer höhere Zäune zu bauen. Der günstige Erhaltungszustand des Wolfs ist aus unserer Sicht in Hessen längst erreicht. Wir setzen uns für ein aktives Bestandsmanagement des Wolfs in Hessen ein, sobald der Bund die rechtliche Möglichkeit, wie bereits angekündigt, geschaffen hat. Dazu ist es zunächst notwendig, ein realistisches Bild über die in Hessen sesshaften Wölfe zu erhalten. Wir wollen das Wolfsmonitoring in Hessen professionalisieren und eine Populationsstudie in Auftrag geben. Problemwölfe müssen als solche benannt werden. Ihre Entnahme ist rechtlich bereits jetzt möglich.

Wahlprüfstein 8: Die EU plant, neue molekulare Züchtungsmethoden und Genome Editing zuzulassen. Wie steht Ihre Partei zu diesen Vorschlägen und sieht Ihre Partei hierdurch eine Gefahr für die bäuerliche Landwirtschaft in Bayern?

Wir Freie Demokraten stehen für einen offenen und transparenten Umgang mit den neuen Züchtungstechniken des Genome Editing, welches das Portfolio der biotechnologischen Methoden ergänzt. Es erlaubt präzise, zeit- und kostensparende Änderungen im Erbgut einer Nutzpflanze, die von natürlichen Mutationen nicht zu unterscheiden sind. Angesichts von Klimawandel und globalem Bevölkerungsanstieg wollen wir eine verantwortungsvolle Erforschung dieser Techniken nicht ideologisch verbauen. Negative Auswirkungen auf die bäuerliche Landwirtschaft in Hessen erwarten wir dadurch nicht.